

---

FDP MTK

## PROMNY: SCHULEN BEI ANSTIEG DER INFEKTIONEN NICHT GLEICH FLÄCHENDECKEND SCHLIESSEN

12.08.2020

---

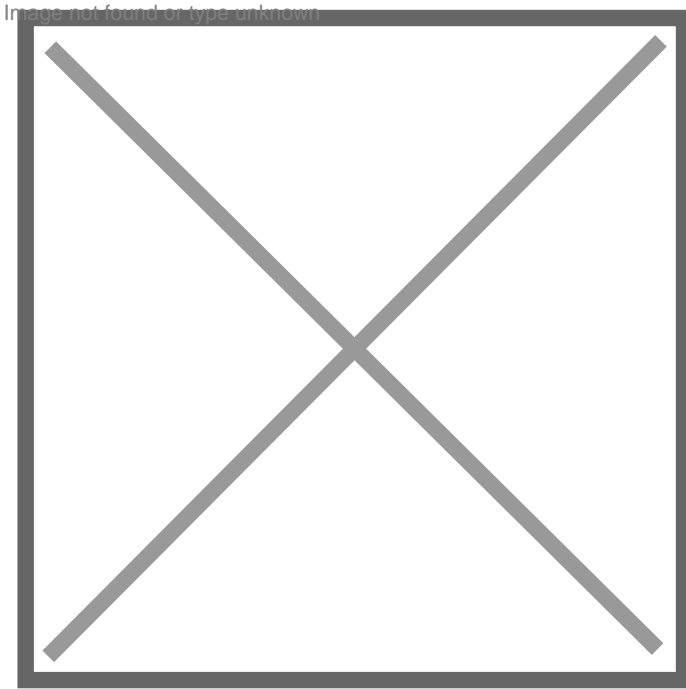
- **Freie Demokraten setzen auf Mischung aus Präsenzunterricht und digitalem Lernen**
- **Schulen brauchen festen Ansprechpartner beim Gesundheitsamt**
- **Lehrer müssen digitale Kern-Erreichbarkeit gewährleisten**

„Hessens Schulen müssen fit sein für die neue Normalität. Daher müssen die Schulen auf Gesundheitsschutz und einen möglichen Anstieg der Corona-Infektionszahlen vorbereitet werden“, sagt Moritz PROMNY, bildungspolitischer Sprecher der Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag, mit Blick auf das neue Schuljahr, das kommende Woche beginnt. „Leider lässt die Landesregierung Schulverantwortliche, Eltern und Kinder wieder mal bis kurz vor Toresschluss im Unklaren und hat sich zu zentralen Punkten mit Blick auf das neue Schuljahr seit Ende Juni nicht geäußert, etwa zum Thema Maskenpflicht. Wir Freie Demokraten halten es für sinnvoll, Vorgaben zum Tragen von Mund-Nasen-Bedeckungen vom lokalen Infektionsgeschehen abhängig zu machen.“ Mit Blick aufs kommende Schuljahr hat die Fraktion ein Konzept erarbeitet und fordert die Benennung eines festen Ansprechpartners für jede Schule beim jeweils zuständigen Gesundheitsamt sowie die Entwicklungen unterschiedlicher Szenarien, auf die sich die Schulen im Vorhinein einstellen können.

Die Freien Demokraten schlagen vor, im Fall eines Anstiegs der Corona-Infektionen die Schulen zunächst nicht flächendeckend zu schließen, sondern auf sogenanntes integriertes Lernen („Blended Learning“) zu setzen. „Bei dieser Lernform, einer Mischung aus Unterricht im Klassenzimmer und digitalem Fernunterricht, bleiben zeitlich

eingeschränkte Präsenzzeiten für feste, verkleinerte Lerngruppen obligatorisch“, erklärt Promny. Dafür sei es zwingend erforderlich, das digitale Lernen auszubauen. „Das bedeutet für uns, dass Lehr- und Lernplattformen verpflichtend genutzt werden müssen. Dazu gehören die Ausstattung der Schülerinnen und Schüler ebenso wie die Ausstattung der Lehrerinnen und Lehrer mit digitalen Endgeräten sowie eine entsprechende technische Unterstützung, die noch ausgebaut werden muss“, erklärt Promny. Wichtig ist den Freien Demokraten auch, dass die für den digitalen Unterricht eingesetzten Lehrkräfte eine Kern-Erreichbarkeit gewährleisten und dass der Austausch mit den Schülerinnen und Schülern über die Chatfunktion der jeweiligen Lehr- und Lernplattform und über die dienstliche E-Mail-Adresse erfolgt. Auf alle eingereichten Aufgaben soll es schriftliche Rückmeldungen geben, die mit persönlichen Rückmeldungen in Präsenzzeiten ergänzt werden.

„Für jeden Jahrgang braucht es unter den neuen Gegebenheiten ein Lerngesamtkonzept, das Lehrkräfteteams an den Schulen erarbeiten sollen“, erklärt Promny. Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf müssten besonders berücksichtigt werden. „Für sie könnten Teilhabe-Assistentinnen und -Assistenten zum Einsatz kommen“, erklärt Promny. „Wichtig ist, dass Hessens Schülerinnen und Schülern ihr Recht auf Bildung gewährt wird – der Staat hat eine Unterrichtspflicht. Sonst wird eine ganze Generation Verliererin der Corona-Krise.“



Moritz Promny, Sprecher für Bildungspolitik